

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Der für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Ausgaben werden nach Bestellort berechnet; die einwöchige 30 zum breiten Juli 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamemagie 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertingebühr 10 Pf., Numm. Zusätze gegen Vorzusatz.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Marie-Anne 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Numm. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Künstler: Der AUGUST-FÖRSTER-FLÜGEL, den ich auf meiner letzten Konzertreise benutzte, war mir ein treuer Gefährte. Er ist voll und gesangreich in allen Lagen und hat eine angenehme Spielart.

August Förster
Löbau
i. Sa.

Der Käufer: Der FLÜGEL hat meine Erwartungen erfüllt, alle Musik- und Instrumentenverständigen, die ihn bisher sahen und hörten, sind einig im Lob über Material und Bau, wie Schönheit und gleichmäßige Fälle des Tones.
K. S. Seminardirektion.

Chamberlains Antwort an Briand.

Wesentliche Teile der Einwände Briands gegen die deutsche Note anerkannt.

Vor einer großen spanisch-französischen Offensive in Marokko. — Erfolgreiche Niederhämpfung des Moorbrandes von Hannover.

Der englisch-französische Meinungsaustausch.

Vorläufige Antwort an Frankreich.
London, 26. Juli. „Daily News“ zufolge sind die Ansichten Großbritanniens über die deutsche Note zum Sicherheitspakt in einer gestern an den britischen Botschafter in Paris gerichteten Mitteilung zusammengefasst worden. Lord Crewe wird, wie das Blatt meldet, umgehend Briand unterrichten. Dies geschieht in Erwiderung auf die Mitteilungen Briands, über die der französische Botschafter in London Chamberlain, am Donnerstag unterrichtet. Es ist jedoch nicht richtig, anzunehmen, dass Briands Mitteilungen neue Schwierigkeiten bereitet hätten, in bekannter Weise britischen Kreisen ist man vielmehr gestern Abend der Ansicht gewesen, dass sie die Tür für Verhandlungen soweit wie jemals offen ließen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ will wissen, dass die letzten Entwicklungen bezüglich des Sicherheitspaktes unter den britischen Ministern beträchtliche Besorgungen wegen der Zukunft der angeblichen Erörterungen hervorgerufen hätten. Die deutsche Note werde nicht nur als befriedigend, sondern auch als ausführliche Verhandlungsgrundlage angesehen. Aber die einschneidenden Gegenüberstellungen Briands drohten einen Stillstand herbeizuführen. Baldwin und seine Kollegen beabsichtigten, eine sehr feste Haltung gegenüber allen übertriebenen und gefährlichen Forderungen der in Frage kommenden Parteien einzunehmen. Jegliches in Aussicht genommene Schiedsgerichtssystem müsse, wenn Großbritannien es annehmen sollte, die Gewähr bieten, dass es zum Frieden und nicht zum Kriege führe. Ueber den

Inhalt dieser informierenden Note

wird folgendes mitgeteilt:
Chamberlain erklärt sich mit zwei Punkten der Briandschen Auffassung einverstanden, nämlich
1. damit, dass gegenwärtig von einer Aenderung des Regimes im Rheinland keine Rede sein könne und
2. dass Deutschlands Vorschlag einer Garantie gegen Sanktionen im Falle von Nichterfüllung von Reparationen nicht in Betracht komme, da diese Frage vor einem Jahre durch das Dawes-Abkommen geregelt worden sei.

Chamberlain stimmt weiter mit Briand darin überein, dass Deutschlands Einwände gegen Artikel 16 des Völkerbundesvertrages kaum Gegenstand einer Konferenz sein könnten. Dagegen könne sich Chamberlain nicht der Auffassung anschließen, dass diese Frage überhaupt nicht zu erwägen sei. Um die Schiedsgerichtsverträge, die politischen Garantien sowie die selbständigen Sanktionen, geht Chamberlain eigentlich sehr vorsichtig herum und betont allein, dass England nur einen Pakt aufgeben werde, mit dem die ganze Nation einverstanden sei, und der englische Botschafter soll ferner Briand erklären, die gegenwärtige französische Stellungnahme könne kaum auf die Unterzeichnung des englischen Volkes rechnen. Diese letzten Wendungen sind zweifellos das Wichtigste der ganzen Mitteilung, die, da das englische Kabinett über die Fragen noch gar nicht beraten hat, als Erklärung von Vorbesprechungen zu betrachten ist. Ueber die wichtigsten Punkte hat sich Chamberlain, wie man sieht, abgesehen von seinem ablehnenden Standpunkt gegenüber der französischen Auffassung, nicht ausgesprochen.

Baldwin über die außenpolitische Lage.

London, 26. Juli. In einer Rede über die außenpolitische Lage, die der Premierminister Baldwin in einer konservativen Versammlung in Ruomsley hielt, sagte er unter anderem: Das befriedigendste Merkmal der außenpolitischen Lage ist der offensbare Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, daß die Verhandlungen, die auf einen dauernden Frieden in Europa hinführen, fortgesetzt werden.

Die deutsche Antwort

auf die französische Note ist eingetroffen; wenn ich auch nicht imstande bin, ihren Inhalt ausführlich zu erörtern, so erkenne ich doch ihre wesentlichen Absichten an. Die Note selbst enthält viele Schwierigkeiten, aber der wesentliche Faktor ist wie immer der Wille, diese Schwierigkeiten zu überwinden, und ich glaube, daß dieser Wille in Deutschland und bei den Alliierten besteht und heute stärker ist als zu irgendeiner Zeit nach dem Kriege. Aber es ist notwendig, daß seine Zeit verloren wird, und daß die Verhandlungen ohne Unterbrechung weitergehen. Die Stabilität in Europa ist nicht nur für das politische, sondern auch für das wirtschaftliche und industrielle Leben von Interesse.

Wir und Frankreich wünschen, daß Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund eintritt.

Wenn es einmal Mitglied des Bundes auf Grundlage der völligen Gleichberechtigung ist, werden alle vor uns liegenden Probleme eine neue und klarere Gestalt gewinnen. Von allen Streitigkeiten, internationalen wie inneren, hat man den Eindruck, daß man auf einem toten Punkt angekommen ist. Der Sekretär des Sicherheitspaktes ist so auffassen, als ob wir den Sicherheitspakt nicht so auffassen, als ob er uns neue Verpflichtungen auferlegt, die zu den Verpflichtungen hinzutreten, die uns als Unterzeichnern der Völkerbundschartung obliegen.

Die vorgeschlagenen Vereinbarungen sind im Geiste der Völkerbundschartung abgefaßt und befinden sich in Übereinstimmung mit dem Bunde. Ich beäugle es daher, daß in der deutschen Antwort diese beiden Probleme, die untrennbar mit dem Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verbunden sind, in Verbindung gebracht werden. Es ist wahr, daß Deutschland noch immer mißtrauisch ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entlassene Nation inmitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Aber Deutschland hat das Recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn es Mitglied des Völkerbundes ist. Es kann dann den Großmächten gegenüberzutreten, damit diese ohne unnötige Verzögerung gegenübertreten, die Frage der Abklärung, die einen Teil der Völkerbundschartung selbst bildet, zu erwägen. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Frieden Europas sichern können, aber wir machen Fortschritte und wir erkennen an — wie dies auch die Franzosen tun —, daß es drei Stappen zum Frieden gibt: Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung. Wir entwerfen jetzt die Maßnahmen für die Sicherheit, die auch bei der Einleitung der Schiedsgerichtsbarkeit helfen werden.

Wenn wir diese beiden Stappen erfolgreich zurücklegen, werden wir schon viel getan haben, um die Inangriffnahme der größeren Frage, der Verminderung und Einschränkung der Rüstungen, vorzubereiten, wozu die Mächte, die den Versailles Vertrag unterschrieben haben, sämtlich verpflichtet sind. Wir selbst haben einen beträchtlichen Anfang mit der Verminderung unserer Rüstungen zur See auf der Washingtoner Konferenz gemacht. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande unter Vorkriegsmaß vermindert und unsere Luftmacht ist nur gering im Vergleich mit der anderer Länder. Ueber die Kohlenbergbaufrage sagte Baldwin, beide Parteien hätten gewichtige Argumente zugunsten ihres Standpunktes, aber vielleicht seien sie nicht in der Lage, den Standpunkt der anderen Seite zu würdigen. Wenn es zum Kampfe komme, sei es sehr zweifelhaft, ob dadurch billige und gerechte Zustände geschaffen würden. Sicher aber sei, daß er Leiden und Not für Millionen von Menschen herbeiführen werde. Er persönlich werde kein Mittel unverlucht lassen, um für den Frieden zu wirken. (W. T. N.)

Chamberlain sagt die Räumung Kölns zu.

Die Erfüllung der Entwaffnungsforderungen als Bedingung.

London, 26. Juli. In einer Rede in Birmingham erklärte Außenminister Chamberlain u. a.: Ich arbeite für die Regierung am Zustandekommen eines wirklichen Friedens, welcher der Welt das Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens gibt, denn nur auf dieser Grundlage kann sich für uns neuer Wohlstand aufbauen. Die deutsche Regierung hat auf die französische Note über den Sicherheitspakt geantwortet. Offen gestanden bin ich etwas enttäuscht darüber, daß die deutsche Antwortnote so gehalten ist, daß meines Erachtens weitere schriftliche Meinungsäußerungen ganz unvermeidlich werden, anstatt, daß die

Vertreter der beteiligten Länder sich zu einer persönlichen Aussprache versammeln könnten, um eine allseitig befriedigende Vereinbarung zustandebringen.

Ich erkenne jedoch an, daß die Note von dem Wunsche durchdringt ist, die Vorschläge für einen gegenseitigen Sicherheitspakt weiter zu fördern. Wo es so offenbar im Interesse der großen europäischen Nationen liegt, von der Vergangenheit loszukommen und sich einer besseren Zukunft zuzuwenden, bin ich der festen Zuversicht, daß die Regelung der Sicherheitsfrage eine ständige Erleichterung nicht nur bei denjenigen Nationen hervorrufen wird, die von dem Pakt unmittelbar berührt werden, sondern in der ganzen Welt, hervorgerufen wird. Schon die Anregung zu diesem Meinungsaustausch, die bloße Tatsache, daß ein derartiger Vorschlag von Deutschland ausging und von den Alliierten begrüßt wurde, hat ein merkliches Nachlassen der bis dahin vorhandenen Spannung bewirkt.

Die Räumung des Ruhrgebietes und der drei Sanktionsstädte ist im Gange oder fast beendet, und wenn Deutschland, wie ich hoffe, ehrlich und reibungslos die restlichen Forderungen der Alliierten in der Entwaffnungsfrage erfüllt, so werden die Alliierten ihrerseits veranlassen,

daß Köln zusammen mit der ersten Zone des besetzten Gebietes von fremden Truppen befreit wird.

Von mancher Seite hat man sich dagegen gewandt, daß wir die bestehenden Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits in irgendeiner Form garantieren wollen. Aber es muß betont werden, daß die Unverletzbarkeit dieser Grenzen die Grundlage unseres eigenen Schutzes bildet. Es stände in unserer Macht, durch Uebernahme der Garantie für dieses Friedensabkommen Frankreich und Belgien ebenso wie Deutschland ein Maß von Vertrauen zu vermitteln, das diese Mächte in einem Vertragswerk, an dem wir nicht beteiligt sind, nie finden könnten.

Die Räumung der Sanktionsstädte.

Düsseldorf, 26. Juli. Verschiedene Anzeichen bestätigen die Londoner und Pariser Meldungen, daß tatsächlich auch die sogenannten Sanktionsstädte bis zum 15. August geräumt sein werden. So hat die französische Artillerie zum größten Teil bereits Düsseldorf verlassen. Nach und nach werden immer mehr wichtige Gebäude geräumt. Die Franzosen treffen auch keine Vorbereitungen für den Winter, wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Der Stand der Räumung von Essen.

Essen, 26. Juli. Die Räumung der Stadt Essen durch die Franzosen, die schon vor einiger Zeit begonnen hat, ist im Gange. Das Justizgebäude ist bereits freigegeben worden. Das Polizeipräsidium ist von den deutschen Behörden bereits abgegeben, wenn auch sich noch Franzosen in dem Gebäude befinden. Das Gebäude des Verabauischen Vereines ist bisher noch nicht geräumt. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Ueber den Termin der endgültigen Räumung steht noch nichts fest. (W. T. N.)

Die große Marokko-Offensive.

Gemeinsames französisch-spanisches Vorgehen.

Die Madrider Abmachungen.

(Spanischer Botschafter in der „Dresdner Nachrichten“)
Madrid, 26. Juli. Die französisch-spanische Konferenz ist nunmehr beendet. Gestern wurden zwei neue Abkommen unterzeichnet. Das erste betrifft eine Neuorganisation zwischen der französischen und der spanischen Zone und das zweite sieht eine gemeinsame militärische Zusammenarbeit in Marokko vor. Ueber den Inhalt dieser neuen Abkommen werden folgende Angaben gemacht:

Die französischen und die spanischen Truppen haben das Recht, auch in der anderen Zone zu operieren, ohne daß dadurch das Gebietskriterium abgeändert wird. Die Alliierten dürfen das andere Gebiet überfliegen. Ferner sollen sich beide dringend verpflichtet halten, nicht getrennt Frieden zu schließen. „Matin“ meldet aus Madrid, daß General Primo de Rivera am Montag in Tetuan eintrifft. Dort werde er sofort eine Offensivstrategie von Tetuan und Sarach aus organisieren. Das Ziel sei, die Araber aus der Tangerzone zurückzudrängen, während französischerseits gleichfalls die Offensive eröffnet wird. Es werde auch versucht werden, das Gebiet der Guegnala zu besetzen, um den Marokkanern, die im Tal des Urahe operieren, in den Rücken zu fallen. Spanien habe bisher noch nie einen so großzügigen Plan ins Auge gefaßt.

Vor seiner Abreise habe Primo de Rivera eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter Peretti de la Rocca gehabt. Primo sprach dabei seine

Zufriedenheit über die Ergebnisse der französisch-spanischen Konferenz aus. Spanien sei entschlossen, keine militärische Aktion in Marokko mit der Frankreich zu kombinieren, um Abd el Krim die Möglichkeit zu entziehen, nach Belieben auszugreifen. Er glaube daß binnen zwei Monaten der Feldzug in Marokko beendet sein werde.

Kampfesmächtigkeit unter den Djeballa und Andjera.

Paris, 26. Juli. An der spanisch-französischen Zone ist nach einer Davaa-Meldung aus Tanger vom 25. Juli die Lage unverändert. Die Führer der Djeballa- und Andjera sollen sich nach Tetuan begeben haben und einer Versammlung beiwohnen. Nach Berichten aus Einaborencellen soll nach ihrer Rückkehr zu den Stämmen die Offensive wieder aufgenommen werden. Der Maroccan Abd el Krim hätte erklärt, daß die Misshandlung der nutzlosen Anstrengungen überdrüssig seien und sich, wenn die Lage sich nicht bessere, weigern würden, den Kampf fortzusetzen (?). Abd el Krim lege dieser Drohung Bedeutung bei, und die Versammlung in Tetuan habe keinen anderen Zweck, als die Andjera und die Djeballa zu zwingen, sich in Waffen gegen die Franzosen und Spanier zu erheben. (W. T. N.)

Die amerikanischen Flieger in Rabat.

Paris, 26. Juli. Wie die Abendblätter mitteilen, kündigt eine Delegation aus Rabat an, daß die vier freiwilligen amerikanischen Flieger, die an dem Marokkofeldzug auf französischer Seite teilzunehmen beabsichtigen, bereits in Rabat angekommen seien. (W. T. N.)